Märkische Linke

Die linke Zeitung für die Prignitz und Ostprignitz-Ruppin. **Ausgabe 12 / November 2025**

Vorgestellt:
Christian Warnitz

Am 1. Dezember gibt es einen Wechsel in der Linksfraktion der Gemeindevertretung Wusterhausen. Christian Warnitz (Jahrgang 1980) rückt für Petra Buschke nach, die mit ihrem Mann nach Kyritz umgezogen ist. Sie hinterlässt große Fußstapfen, war sie doch viele Jahre ein anerkanntes Gesicht der Linken in Wusterhausen. Christian hat einiges von ihr gelernt. Auch als sachkundiger Einwohner für den Ausschuss Kultur und Soziales.

„Ich engagiere mich gern für die Allgemeinheit“, sagt der Familienmensch und Vater von drei Mädels.

„Besonders liegt mir daran, in unserer Gemeinde Angebote für Jung und Alt zu schaffen.“ Und dabei denkt er nicht nur an den Wassersportverein, in dem er ehrenamtlich im Vorstand mitmacht.

„Unsere Drachenbootrennen sind sehr beliebt.“

Und warum macht er bei den Linken mit?

„Ich will etwas verändern, anstatt zu meckern. Und die Linken machen dabei hier bei uns einen guten Job. Sie wollen dasselbe wie ich.“

Christian lebt gern in Wusterhausen.

Zwischenzeitlich hatte es ihn zwar wie viele seiner Generation in den Westen gezogen, aber nach einigen Jahren wollte er zurück in seine Heimat. Er ist IT-Spezialist in einer Berliner Firma, profitiert jedoch vom Homeoffice. So kann er viele Pendelstunden pro Tag einsparen und diese sinnvoll für seine Mitmenschen einsetzen.

Uwe Tackmann, Fraktionsvorsitzender der Linken, schätzt Christians Ruhe und Sachlichkeit. *„In heutigen Zeiten keine Selbstverständlichkeit.*

Wir werden weiter gut zusammenarbeiten.“

Hauptthemen sind derzeit der Gemeindehaushalt, die erneuerbaren Energien, der Bau von Solar- und Windkraftfeldern.

■■ *Gerlinde Krahnert*

Ihr werdet verarscht.

35 Jahre nach der Wiedervereinigung stellt Die Linke im Bundestag einen Antrag, der im Prinzip klingt wie die politische Wunschliste vieler Ostdeutscher: Gleiche Löhne, faire Energiepreise, starke Kommunen, Anerkennung der Lebensleistung, Investitionen in Industrie und Zukunft. Kurz: Das, was die Einheit immer versprach, aber nie lieferte. Und was passiert?

Alle anderen Fraktionen lehnen ab. Auch die AfD. Ausgerechnet jene Partei, die sich in jedem Wahlkampf in Sachsen, Thüringen oder Brandenburg als *„einzige Stimme des Ostens“* aufspielt, stimmt gegen das, was sie angeblich seit Jahren fordert. Die Forderungen der Linken waren glasklar: Endlich gleiche Löhne wie im Westen, eine Strompreisreform, die die Menschen im Osten entlastet, Entschuldung klammer Kommunen, Förderung strukturschwacher Regionen, Investitionen in Industrie, Bildung, Forschung, dauerhafte Finanzierung von Demokratie- und Opferprojekten. Also das, was jedes normale Land tun würde, wenn es wirklich *„ein Land in Einheit“* sein will. Und was macht die AfD? Sie lehnt das ab – ohne Gegenvorschlag, ohne Konzept, ohne auch nur den Versuch, eine eigene Lösung einzubringen. Weil sie genau weiß: Wenn der Osten stark, gleichgestellt, gerecht und selbstbewusst wird, verliert die AfD ihre Geschäftsgrundlage. Ihr Geschäftsmodell ist der Frust, ihre Währung ist der Schmerz, ihr Produkt ist die Wut auf *„die da oben“*. Also muss alles so bleiben, wie es ist – bloß nicht wirklich verbessern, sonst fällt die Empörung in sich zusammen. Die AfD ruft: *„Wir kämpfen für den Osten!“* Aber sie meint: *„Wir brauchen einen Osten, der sich vergessen fühlt.“* Sie spricht über niedrige Löhne – und wählt dann neoliberale Programme, die Tarifverträge schwächen. Sie spricht über hohe Energiepreise – und will gleichzeitig die fossile Abhängigkeit verlängern, die genau diese Preise hochhält. Sie spricht über Entfremdung – und spaltet, wo sie eintreten müsste. Das ist keine Politik. Das ist emotionale Ausbeutung. Beide erkennen das Problem – nur eine will's lösen, die andere will's behalten. Die Linke sagt: *„Wir brauchen soziale Gerechtigkeit.“* Die AfD sagt: *„Wir brauchen Schuldige.“* Die Linke will gleiche Lebensverhältnisse schaffen, die AfD will unterschiedliche Lebensverhältnisse weiter befeuern – um sie dann gegen Migrant:innen, Klimapolitik und *„den Westen“* zu richten. Die AfD steht vor dem brennenden Haus und ruft: *„Seht ihr, wie's brennt? Das ist die Schuld der Grünen!“* – während sie in der anderen Hand noch das Streichholz hält.

→ *Fortsetzung auf Seite 2*

Buntes Stadtbild – **Prignitzer:innen auf die Straßen!**

Am 18. Oktober luden wir, die Aktionsgruppe Bunte Prignitz, spontan zur Demo *„Hand in Hand fürs bunte Stadtbild“* ein. Die Veranstaltung in Form eines Aufmarschs fand schon am folgenden Tag in Wittenberge statt.

Der Einladung folgten zu unserer großen Freude mehr als 40 Prignitzer:innen – auch Mitglieder aus dem Kreisverband der Linken waren dabei!

Und so ging es am 19. Oktober bunt und vielfältig die Bahnstraße zur Elbe runter, um gemeinsam ein Zeichen gegen die unserer Meinung nach rassistische Aussage von Friedrich Merz zu setzen, dass Deutschland *„ein Problem im Stadtbild“* habe.

■■ *Andrea van Bezouwen*

→ Fortsetzung von Seite 1

Sie lebt davon, dass sich Menschen verraten fühlen – aber nicht, um sie zu retten, sondern um sie zu binden. Denn wer sich verraten fühlt, sucht nicht nach Lösungen, er sucht nach Feinden. Und die AfD liefert sie im Abo. Der Osten wird nicht von *„den Linken“* verraten, er wird von denen verraten, die am lautesten behaupten, ihn zu vertreten. Die Partei, die in Talkshows vom *„vergessenen Osten“* spricht, stimmt im Bundestag gegen jeden Antrag, der ihn wirklich aufwerten würde. Das ist keine Ostpolitik. Das ist Frustverwaltung mit Propagandalizenz. Also ja – ihr werdet verarscht. Systematisch, kühl kalkuliert, mit nationalistischer Verpackung. Die AfD verkauft euch die Wunde als Identität. Und während ihr denkt, ihr wählt Heilung, wählt ihr die, die euch bluten lassen, damit sie weiter schreien können: *„Seht ihr, wie schlimm das hier alles ist?“*

■■ Christina Christiansen

So sehe ich das:

Eine demokratische Partei käme nie auf so eine Idee

Die AfD in Brandenburg geht mit einem eigenen Meldeportal Gewaltvorgängen an Schulen nach. Sie ist der Meinung, dass es *„durch unkontrollierbare Massenmigration“* nicht mehr hinnehmbar sei, dass deutsche Kinder in deutschen Schulen nicht mehr sicher seien. Dagegen sei Rechtsextremismus an Schulen nur *„eine Legende“*. Weiterhin behauptet die AfD, dass sie wisse, *„dass die Gewalt in Brandenburgs Schulen, oft auch begangen von ausländischen Mitschülern, stark zugenommen habe und die Lehrer nicht angemessen eingreifen und manche Schulleitungen aus ideologischen Gründen einfach wegsehen.“* Ich glaube, dass mit diesem *„Meldeportal“* die Gefahr für Kinder und Jugendliche besteht, zum Denunziantentum und schon im Kindesalter zum Ausländerhass animiert zu werden. Dabei ignoriert die AfD bewusst, dass das Brandenburger Bildungsministerium in einem Rundschreiben ganz klar dargestellt hat, wie jede Lehrkraft bei Gewalt an Schulen zu handeln hat und wann die Schulleitung zu informieren ist. Mit ihrer Denk- und Verhaltensweise zeigt die AfD ihr wahres Gesicht. Sie möchte nicht, dass sich Schüler:innen weltoffen und selbstbewusst entwickeln. Lehrer:innen aus unserer Region sagen ganz unpolitisch, mit diesem Portal sollen progressive und der AfD nicht nahestehende Pädagog:innen angeprangert werden. Damit wird keine Verbesserung der von tausenden Schülern, Eltern und Pädagogen zurecht kritisierten Unterrichtsbedingungen erreicht. Anfang dieses Schuljahres konnten rund 255 Lehrer:innen-Vollzeitstellen nicht besetzt werden, und der Bildungsminister kündigte Kürzungen bei der Zusatzausstattung der Schulen an. Das betrifft z. B. Chöre, Theatergruppen, Schülerzeitungen u. ä.

■■ *Hans-Joachim Müller*

Die Hoffnung organisieren –

Die Linke will Wohnen bezahlbar machen

Seit Jahren kennen die Mieten nur eine Richtung: Sie werden immer weiter erhöht. Und das nicht nur in Hamburg, Berlin oder München. Auch in Brandenburg wird bezahlbarer Wohnraum zunehmend knapp. In Rankings, die die Kostenexplosion quantifizieren, belegen Brandenburger Städte und Gemeinden regelmäßig Spitzenplätze.

So stiegen die Angebotsmieten in Brandenburg an der Havel von 2023 zu 2024 um knapp elf Prozent. Damit gehört die Stadt zu den traurigen TOP 10 in Deutschland.

Erst kürzlich offenbarte die Analyse des Immobilienverbandes Deutschland (IVD), dass Potsdam bei der Durchschnittsmiete inzwischen mit 10,80 € pro Quadratmeter sogar Berlin überholt hat. Hinzu kommt: Es gibt in ganz Brandenburg nur noch 20.046 mietpreis- und belegungsgebundene Wohnungen; 2014 waren es noch 59.622. Das sind die nackten Zahlen. Sie stehen im Widerspruch zu der oft gehörten Erzählung, dass die Mietenkrise Brandenburg bisher verschont habe.

Doch die Realität sieht anders aus: Für viele ist die Angst vor Verdrängung und Armut bitterer Alltag. In Brandenburg ist die Linke seit Jahren die einzige Partei, die diese Entwicklung überhaupt wahrnimmt und ihr einen Riegel vorschieben möchte. Und auch auf Bundesebene ist die Linke die Partei, die sich für die Rechte der Mieter:innen ein- und der Spekulation mit unserem Wohnraum ein Ende setzen möchte. Um diesen Zielen näher zu kommen, haben sich Anfang Oktober 800 Mitglieder der Linken aus 150 Kreisverbänden getroffen und ein ganzes Wochenende lang diskutiert und Strategien entwickelt. Unser Ziel: Gemeinsam mit den Menschen vor Ort, mit Mieter:inneninitiativen und Nachbar:innenschaften den Druck für eine Mietenpolitik außerhalb von Profitgier aufzubauen. Wir wollen aktiv auf die Mieter:innen zugehen, Bündnisse schmieden, um damit die Entscheidungen in der Kommune, aber auch auf Landes- und Bundesebene zu beeinflussen. Wir sind davon überzeugt: Veränderung gelingt nur, wenn wir uns gemeinsam organisieren!

■■ *Isabelle Vandre, MdB*

Die Linke wirkt, das gilt auch im Lokalen.

In der Stadtverordnetenversammlung Wittenberge brachte die Linksfraktion vor zwei Jahren erstmalig in der Diskussion um den städtischen Haushalt die Thematik Gewerbesteuererhöhung zur Sprache.

Diese war seit Jahren unter dem brandenburgischen Durchschnitt. Vor dem Hintergrund eines Haushalts in der Haushaltssicherung ein Problem, können doch freiwillige Leistungen, unter anderem für Jugendliche oder Senior:innen, immer schwerer finanziert werden.

Wurden wir damals von nahezu allen anderen Fraktionen belächelt, behielten wir das Thema auf der Tagesordnung. Im Ergebnis gelang es jetzt in der letzten Sitzung der Stadtverordneten, mit nur wenigen Gegenstimmen eine Erhöhung der Gewerbesteuer zu beschließen. Eine gute Entscheidung, um auch künftig die Schulsozialarbeit, das Kinder- und Jugendbüro und die Pflegebeauftragte finanzieren zu können. Sozial gerechte Steuerpolitik kann gelingen – wenn auch erst einmal im Kleinen.

■■ *Christian Elger*

Familienzentren müssen bleiben – Soziale Infrastruktur ist keine Sparmasse!

Die Kreisverwaltung Ostprignitz-Ruppin hat angekündigt, die finanzielle Unterstützung der Familienzentren in Kyritz, Rheinsberg, Wittstock und Wusterhausen zum Jahresende 2025 einzustellen. Stattdessen soll eine sogenannte „mobile Familienarbeit“ eingeführt werden. Für Die Linke ist klar: Das ist der falsche Weg!
Familienzentren sind gelebte Daseinsvorsorge. Sie bieten Begegnung, Beratung und Unterstützung – niedrigschwellig, vertraut und wohnortnah. Gerade in ländlichen Regionen sind sie unersetzliche Orte sozialer Teilhabe. Wenn diese Zentren geschlossen werden, verlieren viele Familien ihren Ankerpunkt im Alltag. Eine mobile Lösung kann das nur dann kompensieren, wenn sie tatsächlich regelmäßig und verlässlich in den Orten präsent ist – und nicht zum Sparmodell wird. Unsere Kreistagsfraktion hat deshalb eine Anfrage an die Verwaltung gestellt. Wir wollten wissen, warum der Kreistag bei dieser gravierenden Entscheidung nicht beteiligt wurde, welche Alternativen geprüft wurden und wie sichergestellt wird, dass keine Familie durchs Raster fällt. Die Antworten machen deutlich: Die Entscheidung wurde im Jugendhilfeausschuss vorbereitet – aber ohne klare politische Beschlussfassung. Die Linke fordert Transparenz, Beteiligung und vor allem: den Erhalt wohnortnaher Strukturen! Soziale Angebote dürfen nicht allein unter Haushaltsvorbehalt gestellt werden.
Positiv ist, dass die Volkssolidarität nun den Dialog sucht. Am 3. November 2025 fand im Familienzentrum Wittstock ein Runder Tisch Familie statt. Thema war die Zukunft familienunterstützender Arbeit im Landkreis.

■■ *Holger Kippenhahn*

Bundestagsabgeordnete Christin Willnat (Die Linke) vor Ort

Am 21.10.2025 besuchte die Bundestagsabgeordnete Christin Willnat (Die Linke) Kyritz. Mit einer Sprechstunde auf dem Marktplatz, die zahlreiche Bürger:innen nutzten, startete ihr erster Wahlkreistag. Hier ging es u. a. um schlechte Straßen, steigende Preise oder Bürokratieabbau. Anschließend wurde sie von Bürgermeisterin Nora Görke, Bauamtsleiterin Melanie Füllgraf und dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung (StVV), Holger Kippenhahn, empfangen. Es folgte ein aufschlussreiches Gespräch über die Lage in Kyritz, insbesondere über den schwierigen Umgangston in der StVV und die beiden Baustellen, Kita Kunterbunt und Kulturkloster. *„Wir haben es in Brandenburg an der Havel, Stadtteil Hohenstücken, auch versucht, Kita, Nachbarschaftshaus und öffentliche Kantine unter einem Dach zu vereinigen“*, berichtete die Abgeordnete. *„Dort ist es nicht gelungen. Hier in Kyritz scheint das Konzept aufzugehen. Das freut mich sehr, und ich wünsche dabei viel Erfolg.“*
Anschließend stand ein Besuch der Bibliothek an, welche sich seit Herbst 2023 in der *„Alten Brennerei“* im Kulturkloster befindet. Die Leiterin, Dipl.-Bibliothekarin Silka Laue, hatte eine Führung vorbereitet, sodass sich die Besucher:innen von der guten Ausstattung und der angenehmen Atmosphäre der Einrichtung überzeugen konnten.

Das Wahlkreisbüro in Kyritz wird zunächst einmal wöchentlich, dienstags von 11:00 bis 15:30 Uhr, durch einen Mitarbeiter von Christin Willnat besetzt sein.

Kontaktdaten:
Wilsnacker Str. 1,
16866 Kyritz

Wahlkreismitarbeiter:
Christian Richter

033971/32857

christin.willnat.ma06@bundestag.de

Am 18. November wird sich die Bundestagsabgeordnete in der Prignitz umsehen. Dort stehen u. a. ein Gespräch mit dem Jugendmigrationsdienst Perleberg, von 13:30–15:00 Uhr, eine Sprechstunde *„Die Linke hilft“* in der Geschäftsstelle der Linken in der Bäckerstraße 21, ein Stadtrundgang mit dem Perleberger Bürgermeister und ein Besuch im Frauenhaus Wittenberge auf dem Plan.

■■ *Holger Kippenhahn*

Die LINKE Prignitz unterstützt die Petition: »Wiederherstellung des kinderärztlichen Bereitschaftsdienstes in der Prignitz«

Zur Petition

Über einen WhatsApp-Status wurde ich aufmerksam auf Anika Arendt und Claudia Drescher, die gemeinsam eine Petition zur „Wiederherstellung des kinderärztlichen Bereitschaftsdienstes in der Prignitz“ gestartet haben. Die beiden Frauen aus Putlitz riefen diese ins Leben, als sie erfuhren, dass die KVBB den kinderärztlichen Bereitschaftsdienst im Krankenhaus Perleberg einstellen will.
Stattdessen sollen Eltern mit ihrem kranken Kind eine Videosprechstunde wahrnehmen. Eine stationäre Versorgung sei selbstverständlich durch das Krankenhaus in Perleberg gewährleistet. Und zu einem ortsansässigen Kinderarzt in der Kreisstadt kann man natürlich auch immer unter der Woche zur Sprechstunde eilen. Für eine körperliche und persönliche Untersuchung sei es den Eltern freigestellt, auch an Wochenenden die Uniklinik in Neuruppin oder aber die Kinderklinik in Schwerin anzufahren. Wie zynisch.
Schon jetzt nehmen viele Familien weite Fahrtwege in andere Orte und sogar andere Landkreise auf sich, weil keine Versorgung für alle Kinder und Jugendlichen mehr gewährleistet ist. Auch die Suche nach einem Kinderarzt bzw. einer Kinderärztin für das neu gegründete MVZ Perleberg lässt aktuell wenig Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation aufkeimen.
Nun wissen wir jedoch, dass auch Babys und Kinder nicht nur unter der Woche zu den Sprechzeiten erkranken.
Ziemlich oft sogar benötigt man einen Arzt am Wochenende. Gerade Ersteltern sind schnell über den Gesundheitszustand ihres Kindes verunsichert, brauchen dann ärztlichen Rat und gegebenenfalls Unterstützung. Zum anderen ist nicht jede Familie mobil – geschweige denn in der Lage, gerade im ländlichen Raum eine funktionierende und stabile Internetverbindung herstellen zu können, um eine Videosprechstunde wahrzunehmen.

Erschwerend kommt außerdem hinzu, dass das ohnehin schon überlastete Krankenhauspersonal nun wieder mit vermehrten Anfragen besorgter Eltern rechnen muss. Die Linke sagt: Um den ländlichen Raum zu stärken und nicht fortlaufend zu schwächen, um Familien für unsere Region gewinnen und halten zu können, bedarf es einer guten Gesundheitsversorgung. Dies darf keine Frage des Geldes oder der Herkunft sein. Der ländliche Raum darf gegenüber den Städten nicht weiter benachteiligt werden.

Deshalb fordern wir, den kinderärztlichen Bereitschaftsdienst wieder einzusetzen und somit eine Grundversorgung zu jeder Zeit vor Ort zu ermöglichen.
Damit schließen wir uns der Petition vollumfänglich an!

■■ *Claudia Kalahs, Stadtverordnete in Perleberg*

Linke-Büros werden orange beleuchtet
Gewalt gegen Frauen – Nicht mit uns!

Vom 25. November, dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen, bis zum 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, werden die Büros der Linken in OPR orange beleuchtet und mit Flyern sowie Plakaten ausgestaltet sein.

Damit soll auf die zunehmende Gewalt an Frauen aufmerksam gemacht werden, die auch in Brandenburg alltäglich ist. An die Bundestagsabgeordnete wurde die Bitte gerichtet, sich mit ihrer Fraktion dafür einzusetzen, dass das Gewaltschutzgesetz auf alle Frauen ausgeweitet und geflüchtete sowie transgeschlechtliche Frauen ebenfalls erfasst werden. Denn Gewalt gegen Frauen geht alle an, resümierte der Kreisparteitag am 4. Oktober in Neuruppin, der einem entsprechenden Antrag von zwei Genoss:innen einstimmig folgte.
Zudem verabredeten die Genoss:innen, sich weiter für den Erhalt des Krankenhauses in Wittstock zu engagieren. Auch das ernüchternde Ergebnis der Bürgermeisterwahl in Rheinsberg kam zur Sprache. Zwar hatte unser Kandidat Mario Stärck nach einem engagierten Wahlkampf den beachtlichen zweiten Platz belegt, es wird jedoch keine Stichwahl geben. Der amtierende ist auch der künftige Bürgermeister. Der Enttäuschung zum Trotz werden die Rheinsberger Linken ihren Kampf für eine liebenswerte und demokratische Stadt fortsetzen. Abschließend erfolgten die Wahlen der Delegierten zum Landesparteitag und die Nachwahl der Mitglieder des Kreisvorstandes, darunter des Kreisgeschäftsführers

Paul Schölzel sowie des Wahlkreismitarbeiters von Christin Willnat, Christian Richter, zum Mitglied des Kreisvorstandes.

■■ *Gerlinde Krahnert*

Im Interview

Ronny Kretschmer: „Brandenburg braucht eine Landeskrankenhausgesellschaft“

Die Krankenhausreform bringt riesige Probleme mit sich. Aktuell steht die Schließung der Klinik in Wittstock an, der Standort in Hennigsdorf soll ebenfalls schließen – ebenso die Kliniken in Elsterwerda, Finsterwalde und Herzberg (Elster). Viele andere Standorte ringen um ihre Existenz.

Die Linke fordert seit Langem ein stärkeres Engagement des Landes bei der Sicherung der Krankenhausstandorte. **Wie soll das funktionieren?**

Ronny Kretschmer:
Grundsätzlich muss es zunächst darum gehen, die Gesundheitsversorgung wieder stärker als Teil einer staatlichen Daseinsvorsorge zu begreifen. Ehemals privatisierte Krankenhäuser wie das in Wittstock sollten rekommunalisiert, das heißt den privaten Gewinninteressen entzogen werden. Gesundheit ist das höchste Gut eines Menschen und keine Ware, um mit dem erwirtschafteten Geld die Taschen Einzelner oder von Aktionären zu füllen. Das Land Brandenburg ist hier besonders in der Pflicht, im Rahmen seiner Krankenhausplanung die regionale (Grund-) Versorgung, besonders im ländlichen Raum, sicherzustellen. Darüber hinaus schlagen wir vor, dass das Land als (Mit-)Gesellschafter von regionalen Klinikverbünden (Landeskrankenhausgesellschaft) stärker steuernd eingreift und Verantwortung für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung übernimmt.

Aber Kommunen wie auch das Land klagen doch über leere Kassen…

Ronny Kretschmer:
Im Zuge der Krankenhausreform und des milliardenschweren Investitionsfonds des Bundes stehen dem Land Brandenburg und seinen Kommunen in den nächsten zehn Jahren mehr als drei Milliarden Euro zur Verfügung. Hinzu kommen die jährlichen Investitionsmittel für Krankenhäuser in Höhe von mehr als 200 Millionen Euro, die das Land den Kliniken zur Verfügung stellt. Am Geld sollte es also nicht scheitern. Gefragt sind politischer Wille, kluge Konzepte und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Eine brandenburgische Krankenhausgesellschaft als Träger von regionalen Klinikverbünden ist also nicht nur denkbar, sondern eigentlich ein Gebot der Stunde.

Die brandenburgische Gesundheitsministerin Britta Müller (BSW) weist in einem RBB-Interview diesen Vorschlag der Linken als unverantwortlich zurück. Was halten Sie davon?

Ronny Kretschmer:
Frau Müller sollte sich fragen lassen, wie ihre konkreten Konzepte zur Sicherung der gesundheitlichen Versorgung im ländlichen Raum aussehen. Bis auf vage Absichtserklärungen gibt es dazu bisher nichts. Allein wohlmeinende Worte jedoch helfen den Menschen in der Region Wittstock nur wenig, wenn in einem Jahr die Klinik schließt. Vielleicht will sie aber nur davon ablenken, dass offensichtlich sie als Gesundheitsministerin schon länger in die Schließungspläne involviert war und dem privaten Klinikbetreiber KMG dafür noch eine Millionenspritze in Aussicht gestellt hat, ohne dass ein tragfähiges Konzept bisher vorliegt. Ganz grundsätzlich empfehle ich der Gesundheitsministerin, ihre AOK-Brille (Anmerkung der Redaktion: Frau Britta Müller war vor ihrem Ministeramt Vorständin der AOK-Pflegekasse in Sachsen-Anhalt) abzulegen und nicht nur auf Kostenersparnisse bei der Gesundheit zu achten, sondern zielgerichtete Investitionen in zukunftsfähige Modelle zu ermöglichen.

Gibt es bereits Erfahrungen mit kommunalen bzw. landesweiten Klinikverbünden in Trägerschaft der öffentlichen Hand?

Ronny Kretschmer:
Der größte landeseigene Klinikverbund ist die VIVANTES-Gruppe in Berlin mit 221 medizinischen Einrichtungen in der Stadt. Dass es dort nicht funktioniert, vermag ich beim besten Willen nicht zu erkennen. Hinzu kommen Universitätskliniken in ganz Deutschland, die sich ebenfalls überwiegend im Eigentum der jeweiligen Bundesländer befinden. Im Bereich der forensischen Psychiatrie gibt es ebenfalls viele Kliniken im Landeseigentum (Brandenburg privatisierte unter einem SPD-Gesundheitsminister seine psychiatrischen Landeskliniken leider 2006). Nicht zu vergessen die vielen kommunalen Kliniken, die sich teilweise schon zu Verbünden zusammengeschlossen haben, wie beispielsweise das Klinikum Region Hannover – oder denken wir an die GLG im Barnim und in der Uckermark.

Der Witz ist doch, dass Brandenburg gerade sehr viel Geld investiert, um ein Universitätskrankenhaus in der Lausitz aufzubauen. Die Trägerschaft hat man schon übernommen. Warum die Landesregierung aber nicht gleich auch einen Trägerverbund mit den Kliniken in Forst, Spremberg und Guben anstrebt, erschließt sich mir nicht. Damit vergibt man sich Chancen und gefährdet langfristig die Standorte um Cottbus herum.

(Ronny Kretschmer war bis November 2024 gesundheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Landtag Brandenburg und ist Kreisvorsitzender der Linken OPR.)

■■ *Gerlinde Krahnert*

Haushaltberatungen gestartet

Zum Ende eines Kalenderjahres starten turnusgemäß die Haushaltsberatungen in den Kommunen – so auch in der Fontanestadt Neuruppin.

Am 22. September wurde im Rahmen einer Klausur der Entwurf für das Haushaltjahr 2026 den Stadtverordneten vorgestellt. Dieser wird nun fortlaufend in den Fachausschüssen beraten, bevor am 15. Dezember der Beschluss zum Haushalt in der SVV getroffen wird.
Die Stadtverwaltung schlägt in ihrem Entwurf vor, dass 270 Tsd. Euro für den Kauf einer Lagerhalle aufgewendet werden sollen, um darin Materialien für den Katastrophenschutz unterzubringen. Das stieß auf Kritik bei der linken Stadtfraktion. Nahezu zeitgleich beschloss nämlich der Kreistag, für knapp 2,8 Millionen Euro den Produktionsstandort der ehemaligen Folienwerke im Gewerbegebiet Neuruppin zu erwerben. Dort stehen drei große Hallen mit einer Kapazität von mehr als 7.000 qm Lagerfläche. Diese plant der Landkreis ebenfalls für den Katastrophenschutz zu nutzen. Das ist so viel Lagerfläche, dass Neuruppin seine Materialien problemlos mit unterbringen könnte, ergab eine Nachfrage beim zuständigen Dezernenten.
Deshalb hat die Fraktion Die Linke in Neuruppin den Antrag eingebracht, die in der Stadt geplanten 270 Tsd. Euro für den Ankauf einer eigenen Lagerhalle zu streichen und die freiwerdenden Mittel besser für dringende Sanierungsmaßnahmen (Umkleiden, Toiletten) am Standort der Feuerwehr, Wache Südwest, einzusetzen.
Diese Maßnahme ist nicht nur sinnvoller, sondern auch ein Beitrag zur interkommunalen Zusammenarbeit zwischen Landkreis und Fontanestadt Neuruppin.
Geldverschwendung für Prestigeprojekte im *„eigenen Königreich“* können sich Kommunen in Zeiten knapper Kassen schlicht nicht leisten – so die Argumentation der Fraktion.

Die Kreisverwaltung in der Fontanestadt Neuruppin

■■ *Ronny Kretschmer*

35 Jahre Städtepartnerschaft als lebendiges Zeichen für Freundschaft und Zusammenhalt

Am 3. Oktober dieses Jahres feierten wir bundesweit den 35. Jahrestag der deutschen Einheit. Und auch genau an dem Tag vor 35 Jahren wurde in Uetersen (Schleswig-Holstein) die Städtepartnerschaft mit der Stadt Wittstock besiegelt. Damals war ich als 34 Jahre junge Stadtverordnete der PDS dabei. Ziel war es, auf kommunaler Ebene eine Vielzahl von Kontakten zwischen Vereinen und Verbänden sowie öffentlichen und privaten Institutionen zu knüpfen. Das ist beiden Städten mal mehr, mal weniger gelungen. Die partnerschaftliche Beziehung ist aber in all den Jahren nie abgebrochen. Und deshalb machte ich mich auch am diesjährigen 3. Oktober auf Einladung des Bürgermeisters von Uetersen, Dirk Woschei, mit weiteren ca. 45 Wittstockern auf den Weg in die Partnerstadt – allen voran unser Bürgermeister Dr. Philipp Wacker. Uns Gäste (u. a. Stadtverordnete, Vertreter von Vereinen, Schulen und des Seniorenbeirates) erwartete ein sehr schönes, abwechslungsreiches Programm mit Raum für interessante Gespräche, Begegnungen, Kultur und auch Überraschungen.
Genannt seien hier das am 3. Oktober traditionell stattfindende *„Einheitsbuddeln“* – in diesem Jahr das Pflanzen einer wintergrünen Eiche als lebendiges Zeichen der Freundschaft – sowie eine Führung durch das Rosarium und der Besuch der Sonderausstellung *„Frauen im geteilten Deutschland“* im Rathaus von Uetersen. Eine besondere Überraschung war der Auftritt eines Zauberers, der für *„magische Momente“* zwischen Vertretern der Partnerstädte sorgte.
Alles in allem war dieser Tag ein guter Anlass, die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Städten zu intensivieren. Immer wieder wurde betont, dass Brücken über Grenzen hinweg gebaut werden können – und dass diese Brücken auch noch nach Jahrzehnten tragen.

■■ *Angelika Noack, Wittstock*

Abgehängt trotz Millioneninvestitionen: Wie die Bahn Wittenberge ins Abseits stellt

Wittenberge steht einmal mehr vor einem verkehrspolitischen Scherbenhaufen – und diesmal ist es die Deutsche Bahn, die ihn angerichtet hat. Der neue Fahrplan für die Strecke Berlin–Hamburg, nach monatelanger Generalsanierung groß angekündigt, bringt für die Region nicht etwa die versprochenen Verbesserungen.
Im Gegenteil: Wittenberge wird abgehängt.

Was als Fortschritt verkauft wurde, entpuppt sich als klassisches Beispiel neoliberaler Infrastrukturpolitik:
Millionen fließen in bauliche Maßnahmen, der Bahnhof wird als *„Zukunftsbahnhof“* modernisiert, ein neues Gleis wird gebaut – und gleichzeitig werden zentrale Verbindungen gestrichen. Der Zug um 16:51 Uhr ab Hamburg fällt weg. Der um 17:51 Uhr hält künftig nur noch in Ludwigslust. Für Pendler:innen aus Wittenberge und dem Umland ist das ein harter Schlag.

Ein neuer Fahrplan – für wen?

Wittenberge ist ein regionales Zentrum in einer ohnehin oft vernachlässigten ländlichen Region. Gerade in Zeiten, in denen von Verkehrswende und gleichwertigen Lebensverhältnissen zwischen Stadt und Land gesprochen wird, werden kleinere Städte systematisch vom Bahnverkehr abgehängt – zugunsten besser situierter Nachbarstädte oder um – so die zynische Vermutung – den Hochgeschwindigkeitsverkehr möglichst reibungslos durchzuleiten. Potenzielle Fahrgäste stören da offenbar nur.
Diese Entwicklung ist kein Einzelfall, sondern Ausdruck einer Bahnpolitik, die sich an betriebswirtschaftlichen Kennzahlen orientiert, nicht an sozialen Bedürfnissen. Es ist die Logik des Marktes, die entscheidet, wo ein Zug hält – nicht die Frage, wie öffentliche Infrastruktur Menschen verbinden und Mobilität für alle ermöglichen kann.

Versprechen gebrochen, Vertrauen verspielt

Die Stadt Wittenberge hat vollkommen recht, wenn sie nun lautstark Protest anmeldet. Bürgermeister Oliver Hermann spricht zu Recht von einem Wortbruch der Deutschen Bahn. Wer Investitionen in Millionenhöhe tätigt und eine Stadt als *„Zukunftsbahnhof“* labelt, dann aber weniger Züge halten lässt, handelt nicht nur widersprüchlich, sondern verspielt das Vertrauen der Bevölkerung in die Versprechungen von Politik und öffentlicher Daseinsvorsorge.
Die Kritik aus Wittenberge ist Ausdruck eines strukturellen Problems: Der ländliche Raum wird infrastrukturell systematisch benachteiligt – und das in einem Bundesland, das bereits mit Abwanderung, demografischem Wandel und schlechter medizinischer Versorgung kämpft. Wer ernsthaft will, dass junge Menschen in der Region bleiben oder zurückkehren, der muss dafür sorgen, dass sie dort auch gut leben und mobil sein können.

Was jetzt passieren muss

Die Deutsche Bahn muss den neuen Fahrplan umgehend überarbeiten. Die Verbindungen am Nachmittag müssen wiederhergestellt werden, insbesondere für Berufspendler:innen.
Gleichzeitig ist die Landespolitik gefragt, endlich Druck zu machen. Infrastrukturminister Detlef Tabbert darf nicht nur mit warmen Worten um sich werfen – er muss liefern. Die Menschen in der Prignitz haben ein Anrecht auf gleichwertige Mobilität – nicht nur auf dem Papier, sondern im Alltag.
Langfristig braucht es eine Bahnpolitik, die nicht Profite maximiert, sondern öffentliche Daseinsvorsorge ernst nimmt. Bahnverkehr ist keine Ware, sondern ein Grundrecht in einer solidarischen Gesellschaft. Eine wirkliche Verkehrswende kann nur gelingen, wenn auch kleinere Städte und ländliche Räume eingebunden sind – und nicht am Rand stehen und winken, während der ICE durchrauscht.

Solidarität mit Wittenberge – für eine soziale und gerechte Verkehrswende!

■■ *Christian Elger / Thomas Domres*

Kurz & knapp

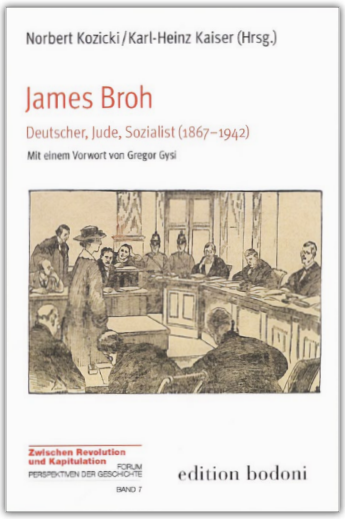
Frauen erhalten in Deutschland durchschnittlich rund 600 Euro weniger Rente als Männer. In manchen Teilen Westdeutschlands liegt der Unterschied sogar bei knapp 1.000 Euro.
Allerdings sind die Unterschiede in Ostdeutschland weitaus geringer. In Potsdam liegt die durchschnittliche Altersrente für Frauen bei 1.370 Euro. Bundesweit bedeutet das Platz drei.

Während Bundesregierung und Bundestag noch darüber streiten, wie eine Reform des Wehrdienstes aussehen könnte, schaffen immer mehr junge Menschen Tatsachen und stellen vorsorglich Anträge auf Kriegsdienstverweigerung.

Bei der Bundeswehr sind allein in diesem Jahr **3.200** solcher Anträge eingegangen. Im gesamten Jahr 2021 waren es 200.

Buchtipp

Dieses Buch ist James Broh, einem aufrechten Mitstreiter der deutschen Arbeiterbewegung gewidmet.
Im Zentrum findet der Leser die hier erstmals gedruckte Autobiographie, die Broh 1940 für die Harvard Universität verfasst hatte.
James Broh stammte aus gutbürgerlichen Kreisen des Judentums in Brandenburg und lernte als promovierter Rechtsanwalt in seiner beruflichen Tätigkeit die proletarischen Lebensbedingungen kennen, die ihm eine andere Welt erschlossen.
In diesem Sinne war er ein Grenzgänger zwischen den gesellschaftlichen Klassen, auf der ständigen Suche nach einer besseren, menschlicheren Gesellschaft.
Im Rahmen seiner Suche nach den Wegen zu einer klassenlosen Gesellschaft bildeten die unterschiedlichen Organisationen und Parteien, denen er angehörte, keinen Selbstzweck.
Sein Herz schlug für die Räterepublik und den Rätekommunismus.



*Die Linke Perleberg gedachte am 19.10.2025 dem 125 Geburtstag des Genossen **Karl Schabrod**, der in Perleberg geboren wurde und Ehrenbürger der Stadt ist. Er verbrachte mehr als 10 Jahre im KZ Börgermoor und im Zuchthaus Werl.*
Er war Fraktionsvorsitzender der KPD im Landtag von NRW und bis zum widerrechtlichen Parteiverbot Fraktionsvorsitzender der KPD im Düsseldorfer Stadtparlament. Er verbrachte auch unter der Adenauer- Regierung viele Monate auf Grund seiner politischen Arbeit im Gefängnis und wurde mit Berufsverbot belegt. Wir werden seiner immer würdig gedenken.

Auf nach Kuba. Jetzt bewerben!

Mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung nach Kuba! Erste Solidaritätsbrigade 2026 – Bewirb dich jetzt! Gesucht werden junge Linke (18–35 Jahre) aus Europa mit Spanischkenntnissen (mind. B2), die Lust haben, Kuba und die kubanische Revolution aus nächster Nähe kennenzulernen.
Mehr Infos unter : rosalux.de

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Bewerbungszeitraum:
15. Oktober – 21. November 2025
Bewerbung an:
brigada.cuba@rosalux.org

Termine

jeden Di und Do // 10 Uhr
politische Diskussionsrunden im „Linkseck“, Wilsnacker Straße 1, Kyritz

So 09.11. // 16 Uhr
Pogromgedenken
Prinzenstraße - Stolpersteine
16866 Kyritz, OPR

So 12.11. // 18 Uhr
Mitgliederabend, Thema Windenergie in der Prignitz
Bäckerstraße 21, Perleberg

Impressum

Märkische Linke, Meinungsmedium von Die Linke OPR und PR,
Herausgegeben von Die Linke OPR Kreisvorstand: Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin, kv@dielinke-opr.de und Die Linke Prignitz Kreisvorstand: Bäckerstraße 21, 19348 Perleberg vorstand@dielinke-prignitz.de
V.i.S.d.P: Ronny Kretschmer und Thomas Domres

Redaktion: Jürgen Schubert, Achim Müller, Gerlinde Krahnert, Julia Köppe, Ronny Kretschmer
Satz und Layout: Caroline Cave

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autor:innen nicht unbedingt von Redaktion und Herausgeberin wieder.

Die Redaktion bedankt sich für die Zusendung von Artikeln, Bildern und Informationen.

Spendenkonto für Druckkosten:
DE47 1606 1938 0001 6323 61
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG